

## ... so sieht's die CDH

---

### ► **Aus für Gründerland Deutschland? Existenzgründer müssen ab Dezember 2011 um Gründungszuschuss bangen**

**Existenzgründer müssen sich sputen. Die Zusammenstreichung des Gründungszuschusses ist nun sicher, denn der Vermittlungsausschuss gab keine Änderungsempfehlung ab. Ein weiterer herber Schlag: der Gründungszuschuss wird zur Ermessensleistung. Bald wird damit die Förderung ganz allein von der Willkür eines Sachbearbeiters bzw. von der Kassenlage der Agentur für Arbeit abhängen. Dabei hieß es im Koalitionsvertrag doch so schön: „Deutschland muss wieder zum Gründerland werden.“**

Jedem klingeln noch die Worte aus den Koalitionsverhandlungen von 2009 in den Ohren: „Deutschland muss wieder zum Gründerland werden. (...) Wir werden (daher) die Förderprogramme für Gründungen (...) stark ausbauen.“ Das alles scheint jetzt alles vergessen zu sein, denn im Oktober hatte der Bundestag den Cut des Gründungszuschusses, den Existenzgründer zur Förderung erhalten, beschlossen. Auch die Anrufung des Vermittlungsausschusses half nichts – er gab keine Änderungsempfehlung ab. Daher bleibt es bei den Regelungen, die der Bundestag beschlossen hatte.

Der Zuschuss wird gekürzt und in eine Ermessensentscheidung umgewandelt. Selbständige in Spe sind also bald dem Gutdünken der Agentur für Arbeit ausgesetzt und müssen dadurch zusätzliche Hürden bei der Existenzgründung überwinden. Dabei entstehen doch oft gerade durch geförderte Gründungen weitere sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze – alles Beschäftigungsverhältnisse, die durch eine unterbliebene Gründung gar nicht erst hätten entstehen können. Gerade Frauen und Älteren, um deren Chancen es auch heutzutage nicht allzu gut auf dem Arbeitsmarkt bestellt ist, bietet die Selbständigkeit die Gelegenheit, eine neue Karriere zu starten.

Da das Gesetz voraussichtlich Mitte Dezember in Kraft treten wird, rät die CDH allen Existenzgründern: Wer noch einen Gründungszuschuss erhalten möchte, sollte schnellstmöglich seinen Antrag bei der Agentur für Arbeit einreichen!

Berlin, 23. November 2011